

sich mit seinen je verschiedenen Fähigkeiten und Möglichkeiten abgestuft einbringen kann. „Weggemeinschaft“ vermeidet einen Alles-oder-Nichts-Standpunkt. Darüber hinaus soll sich „Weggemeinschaft“ für ihn in einem Glauben ausdrücken, der sich nicht nur von den Lehrinhalten und strikt religiösen Aussagen allein her definiert; in einer Symbolerziehung, die dadurch, daß sich Glauben und Leben in ihr verschränken, dem gelingenden Leben dient; in der Bildung kleiner Gemeinschaften und Gruppen, in denen der konkrete Mensch in seiner Situation ernst genommen wird.

Weit über die Sakramentenpastoral hinaus hat Bischof Lehmann damit den Finger auf bedeutende Unsicherheiten im gegenwärtigen pastoralen Handeln insgesamt gelegt. In der Sakramentenpastoral zeigt sich die grundlegende Schwierigkeit nur besonders deutlich: Inwieweit ist die Gemeinschaft der Glaubenden bereit, heutigen Menschen unter ihren Lebensbedingungen und mit immer weniger volksgemeinschaftlich-geradlinigen religiösen Biographien wirklich nachzugehen, missionarische Offenheit zu zeigen angesichts der Gebrochenheiten und Halbherzigkeiten, Umwege und Abwege pluralisierter Religiosität? Oder inwieweit erhebt sie immer schon eine vermeintliche Totalidentifikation mit dem Glauben und dem kirchlichen Leben nicht nur zum Ziel, sondern bereits zur Bedingung dafür, daß man sich überhaupt miteinander abgibt und einander ernst nimmt? Es geht auch darum, inwieweit sie in den „eigenen Reihen“ partielle Identifikationen als gegeben annimmt oder diese immer schon latent ausgrenzt. Inwieweit sie sich wirklich auch auf diejenigen einläßt, die mit den „winterlichen Verhältnissen“ nicht zurechtkommen.

Ein Kirchenaustritt oder mangelnde Gottesdienstpraxis allein sagen oft nicht viel darüber aus, ob in diesen Personen nicht doch „Sinn für Gott“ zu wecken ist, wie Bischof Lehmann dies nannte. Letztlich geht es also darum, inwieweit auch die Kirche als ganze realisiert, daß – so der vorletzte Satz in dem Referat – „niemand seines Heils gewiß ist“.

Der Papst in Mexiko: Ermunterung zum eigenen Weg

Der einwöchige Papstbesuch in Mexiko, dem sich auf dem Rückflug noch ein kurzer Aufenthalt auf *Curaçao*, der Hauptinsel der niederländischen Antillen, anschloß, galt dem Land mit der (nach Brasilien) zweitgrößten Zahl von Katholiken in der Weltkirche. Auf dem „katholischen“ Kontinent Lateinamerika ist Mexiko allerdings insofern ein *Sonderfall*, als nach der Verfassung Staat und Kirche strikt getrennt und dem Wirken der Kirche in der Öffentlichkeit zumindest auf dem Papier enge Grenzen gesetzt sind. Das zeigte sich beim ersten Mexikobesuch Johannes Pauls II. (es war auch seine erste Auslandsreise überhaupt) anlässlich der lateinamerikanischen Bischofsversammlung von Puebla Anfang 1979: Damals gab es keinen offiziellen Empfang des Papstes durch den mexikanischen Staat. Diesmal wurde Johannes Paul II. dagegen mit allen protokollarischen Ehren als Staatsoberhaupt empfangen; ein Zeichen für die *Klima-verbesserung zwischen Staat und Kirche* bzw. Apostolischem Stuhl (vgl. den Länderbericht: HK, Mai 1990, 245) unter dem neuen Präsidenten *Salinas de Gortari*. Dieser traf mit dem Papst zu einem einstündigen Vieraugengespräch zusammen.

Bei der ersten Papstreise nach Mexiko lag der Hauptakzent auf dem Treffen von Puebla, wo Johannes Paul II. in einer programmatischen Ansprache vor den lateinamerikanischen Bischöfen Grundlinien für die Verkündigung des Evangeliums und das Handeln der Kirche im Kontext des Subkontinents darlegte. Diesmal war es ein Besuch des Papstes bei der mexikanischen Ortskirche, allerdings nicht ohne Bezüge auf ganz Lateinamerika. So verwies Johannes Paul II. verschiedentlich auf die für 1992 bevorstehende Fünfhundertjahrfeier der europäischen Entdeckung und Eroberung Amerikas. Der lateinamerikanische Bischofsrat (CELAM) wird im Jubi-

läumsjahr in Santo Domingo seine nächste Vollversammlung abhalten. Auch in seiner Ansprache an mexikanische Unternehmer in Durango im Norden des Landes nannte der Papst als seinen Adressaten ausdrücklich „den lateinamerikanischen Unternehmer“.

Die katholische Soziallehre als Richtschnur

Bei dieser sehr grundsätzlich angelegten Rede kam Johannes Paul II. auf eines der Hauptthemen seines Aufenthaltes in Mexiko vom 6. bis 13. Mai zu sprechen: die wirtschaftliche Krise und ihre Ursachen sowie die Aufgabe der Kirche angesichts dieser Herausforderung. Der Papst beklagte, daß Mexiko noch weit vom Ideal der Gerechtigkeit entfernt sei. Neben großen Reichtümern und einem entsprechenden Lebensstil gebe es eine Mehrheit der Bevölkerung, der es am Nötigsten fehle. Die Suche nach wirksamen Lösungen angesichts der wirtschaftlichen Krise erfordere Opfer von allen; aber man dürfe nicht übersehen, „daß es häufig die Armen sind, die in hohem Maß Opfer bringen müssen, während die Inhaber großer Vermögen keine Bereitschaft zeigen, zugunsten der übrigen auf ihre Privilegien zu verzichten“ (Osservatore Romano, 11. 5. 90). Der Papst ermahnte die Unternehmer zur Solidarität und zum Dienst am Gemeinwohl und wies sie auf ihre Verantwortung für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die gerechte Entlohnung der Arbeiter hin.

Mehrmals hob Johannes Paul II. in Mexiko die Bedeutung der *katholischen Soziallehre* als unerläßlicher Richtschnur für die Gestaltung der Wirtschaftsordnung hin und erteilte gleichzeitig einseitigen Parteinahmen der Kirche oder einer im ausschließen-

den Sinn verstandenen „Option für die Armen“ die gewohnt deutliche Absage. Heute wie gestern, so der Papst in Chalco, einer Vorstadt der mexikanischen Hauptstadt, wolle die Kirche Stimme derer sein, die keine Stimme hätten, wobei sie allerdings parteiliche und konfliktorientierte Optionen ausschließe.

Kritik auch am liberalen Kapitalismus

In Monterrey betonte Johannes Paul II. am 10. Mai, die Kirche könne sich von keiner Ideologie oder politischen Partei „das Banner der Gerechtigkeit“ entreißen lassen. Sie müsse sich aber genau deshalb allen Kräften entgegenstellen, „die bestimmte Formen der Gewalt und des Hasses als dialektische Lösung der Konflikte“ propagierten (Osservatore Romano, 12. 5. 90). Auch bei seiner *Begegnung mit den mexikanischen Bischöfen* zum Abschluß des Besuchs bekräftigte der Papst die vorrangige Option der Kirche für die Armen und warnte gleichzeitig vor falsch verstandenen Befreiungstheologien mit klassenkämpferischen Tendenzen. Abirrende und verkürzende Auslegungen der Befreiung könnten schmerzliche Spaltungen herbeiführen und die Einheit der Kirche in Frage stellen.

Einen besonderen Akzent erhielten die Äußerungen Johannes Pauls II. zu wirtschaftlichen und sozialen Problemen diesmal durch den Bezug auf die *Veränderungen in Mittel- und Osteuropa* und ihre Auswirkungen für die Dritte Welt. In Durango vor den mexikanischen Unternehmern warnte der Papst davor, den Zusammenbruch des kommunistischen Systems im bisherigen Ostblock in einer oberflächlichen Weise als „Scheitern oder als Triumph eines Systems über ein anderes“ zu interpretieren. Manche wollten mit ihrer Analyse so weit gehen, „daß sie dasjenige System, das sie für den Sieger halten, als einzigen Weg für unsere Welt präsentieren“. Sie begründeten diese Auffassung mit der Niederlage des realen Sozialismus und ließen das notwendigerweise kritische Urteil über die Auswirkungen außer acht, die der

liberale Kapitalismus zumindest bisher in den Ländern der Dritten Welt hervorgebracht habe.

In Monterrey sagte Johannes Paul II., man könne zwar die guten Ergebnisse nicht leugnen, die durch öffentliche und private Anstrengungen in Ländern mit einer liberalen Ordnung erzielt worden seien; man dürfe aber auch nicht einfach die „Defekte eines wirtschaftlichen Systems“ mit Schweißen übergehen, „das nicht selten Gewinn und Konsum zur hauptsächlichsten Antriebskraft macht, den Menschen in der Form dem Kapital unterordnet, daß er ohne Rücksicht auf seine Würde als Person wie ein bloßes Einzelteil in einer großen Produktionsmaschine betrachtet wird, und in dem seine Arbeit als bloße Ware behandelt wird, die dem Auf und Ab von Angebot und Nachfrage unterworfen ist“ (Osservatore Romano, 12. 5. 90). Bei einer Begegnung mit Intellektuellen in Mexiko-Stadt verteilte der Papst nochmals Kritik nach beiden Seiten: Die auf dem materialistischen Marxismus aufgebauten Systeme hätten enttäuscht. Aber auch die modernen Kulturen der hochentwickelten Industrienationen seien nicht imstande, eine Zivilisation zu schaffen, die die Würde des Menschen völlig sichere. Vielmehr würden häufig diesseitige, zufällige Werte übertrieben.

Daß Johannes Paul II. auch bei seinem zweiten Besuch in Mexiko zur *Neuevangelisierung* aufrief, war keine Überraschung. Diesmal bot überdies der Vorblick auf 1992 bzw. der Rückblick auf die Christianisierung Lateinamerikas einen geeigneten Anknüpfungspunkt. Die Ausführungen des Papstes zu den Anfängen des Christentums in Mexiko waren ganz auf das Lob der damaligen Missionare und die Begegnung der Kirche mit der einheimischen Kultur gestimmt und ließen jeden Anflug von kirchlicher Selbstkritik angesichts der negativen Seiten der Conquista vermissen (Johannes Paul II. sprach nur einmal ganz allgemein und knapp von „Schatten“ der damaligen Evangelisierung der Neuen Welt). So sagte der Papst bei der Messe vor der Basilika von Guadalupe, während der er drei ju-

gendliche Märtyrer aus dem 16. Jahrhundert und einen Priester aus dem letzten Jahrhundert seligsprach: „Das Evangelium von Jesus Christus kam nach Mexiko mit dem apostolischen Eifer der ersten Evangelisatoren. Sie verkündeten Jesus Christus ... und gewannen die Massen für den Glauben mit der Kraft des Heiligen Geistes, der ihre Botschaft als Missionare und das Herz der Evangelisierten entflammte“ (Osservatore Romano, 8. 5. 90).

In Villahermosa im Süden Mexiko forderte Johannes Paul II. eindringlich die teilweise in erheblicher Anzahl zu fundamentalistisch-evangelikalen *Sekten* nordamerikanischen Ursprungs abgewanderten Katholiken auf, zur Kirche zurückzukehren. Als Motive für den Übertritt zu solchen Sekten nannte der Papst das Streben nach wirtschaftlichem Wohlstand, den Glauben, daß die Beziehung zu Gott vor allem von der eigenen Anstrengung abhängt, und die Geborgenheit in einer kleinen Gruppe, in der man sich gegenseitig helfe. Die Kirche erwarte die Abgewanderten mit offenen Armen und wolle sie zu einer neuen Begegnung mit Christus führen.

Hoffnungen auf bessere Beziehungen zum Staat

Zum *Verhältnis zwischen Staat und Kirche* in Mexiko nahm Johannes Paul II. in seiner Ansprache an die Bischöfe Stellung. Er äußerte dabei seine Genugtuung über diese verbesserte Zusammenarbeit und betonte, die Kirche wolle in Mexiko nicht als Außenstehende und erst recht nicht als Feindin betrachtet und behandelt werden, sondern als Verbündete „in allem, was gut, edel und schön ist“. Die Gewährung der Religionsfreiheit, so der Papst an die Adresse der mexikanischen Regierung, sei auch Garantie für die anderen bürgerlichen Grundrechte. In Aguascalientes sprach er von der Hoffnung auf ein baldiges Verschwinden des Vorurteils, die Kirche bremse den kulturellen und wissenschaftlichen Fortschritt. Auch hier wies Johannes Paul II. auf die „neue Perspektive der Kontakte zwischen Kirche und politischer Gemeinschaft“

in Mexiko hin. In dieser neuen Phase des besseren Verständnisses und des Dialogs wolle die Kirche ihren eigenen Beitrag leisten, ohne ihre spezifischen Ziele und Kompetenzen zu überschreiten.

Während seines einwöchigen Aufenthalts zog der Papst große Menschenmassen an. Bei den öffentlich zugänglichen Veranstaltungen waren Besucherzahlen von einer Million und

darüber durchweg die Regel. In der Presse wurden dieser Zustrom und die Äußerungen Johannes Pauls II. teilweise auch mit kritischen Kommentaren begleitet; man hielt dem Papst Einmischung in die inneren Angelegenheiten Mexikos vor. Ob es in absehbarer Zeit zu einer Revision der laizistisch-antiklerikalen Verfassungsbestimmungen kommt, ist nicht sicher.

U. R.

Rechtmäßigkeit dieses Verkaufs. Unterdessen hat der israelische Wohnungsbauminister und stellvertretende Ministerpräsident *David Levi* eingeräumt, den Erwerb des Hauses aus Mitteln seines Ministeriums wesentlich mitfinanziert zu haben (40 Prozent der Kaufsumme von insgesamt 3,5 Millionen Dollar).

Unterdessen wies der amtierende israelische Ministerpräsident *Yitzhak Shamir* den Protest der christlichen Kirchenführer mit dem Hinweis zurück, Israelis hätten das Recht, sich *überall im Lande anzusiedeln*. Ein Sprecher der israelischen Regierung warf den Kirchen vor, sie hätten die laufenden gerichtlichen Klärungen zur Frage der Rechtmäßigkeit des Verkaufs des ehemaligen Hospizes abwarten sollen. Der Oberste Gerichtshof Israels hatte mit einer Entscheidung vom 26. April die Siedler zwar zum Verlassen des Gebäudes aufgefordert, 20 Vertreter jedoch sollten bis zur endgültigen Klärung in der Sache im Haus verbleiben können. Die Kirchen wollten jedoch die gerichtliche Klärung nicht abwarten, weil sie die Vorgänge als letztlich *politisch motiviert* einstufen und nicht als einen bloßen Rechtsstreit um Eigentumsrechte.

Diese Position verteidigte u. a. auch der lateinische Patriarch von Jerusalem, *Michel Sabbah*, verschiedentlich in Interviews mit ausländischen Medien. Sabbah bezeichnete nicht nur die Anwesenheit der Siedler als eine unannehmbare Verletzung des Status quo in der Stadt, sondern kritisierte auch die israelische Regierung scharf wegen ihrer Unterstützung der Siedler. Im übrigen zeichnete Sabbah ein *ambivalentes* Bild der israelischen Gesellschaft: Auf der einen Seite gebe es ein aggressiv gestimmtes, dialogunwilliges Israel, auf der anderen Seite aber auch moderate Juden, die ihre Solidarität mit den Christen zum Ausdruck brächten und das Verhalten der Siedler kritisierten.

Zu den letzteren gehört der Jerusalemer Bürgermeister *Teddy Kollek*: Bei öffentlichen Auftritten in den USA Anfang Mai bezeichnete Kollek die Aktion als einen „schweren Fehler“ und eine „Dummheit“. Der israeli-

Israel: Proteste christlicher Kirchen

Mit einer beispiellosen Aktion haben die wichtigsten in Israel ansässigen christlichen Gemeinschaften Ende April gegen eine – aus ihrer Sicht gesehene – Gefährdung des seit langem äußerst labilen Gleichgewichts zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften in Jerusalem protestiert. Als Antwort auf die Besetzung eines Hauses in der unmittelbaren Nähe der Grabeskirche, das das griechisch-orthodoxe Patriarchat weiterhin als Eigentum für sich reklamiert, durch rund 150 militante, zumeist amerikanischstämmige jüdische Siedler entschlossen sich die christlichen Kirchen und Gemeinschaften zu einer *eintägigen Schließung aller heiligen Stätten* in Israel, Ostjerusalem und den von Israel besetzten Gebieten.

Scharfe Reaktion auf Hausbesetzung

Seit Menschengedenken ist es das erste Mal, daß die christlichen Gemeinschaften freiwillig zu diesem Mittel greifen. Unter Anwesenheit führender Persönlichkeiten der beteiligten Kirchen wurde am Morgen des 27. April feierlich die Schließung der Jerusalemer Grabeskirche vollzogen. Von den Kirchen der Stadt war ein halbstündiges Protestgeläut zu hören. Islamische Würdenträger folgten diesem ungewöhnlichen Schritt ihrerseits mit der Schließung des Jerusalemer Felsendoms und der El Aksa-Moschee auf dem Tempelberg.

Nachdem es bereits unmittelbar nach der Besetzung des Hauses am Mittwoch der Karwoche zu ersten Protesten und z. T. zu tumultartigen Zusammenstößen, zuweilen unter Beteiligung hoher christlicher und muslimischer religiöser Würdenträger, gekommen war, hatten zehn christliche Kirchenführer, darunter auch der lateinische Patriarch von Jerusalem, am 23. April die Schließung der heiligen Stätten in einer Erklärung angekündigt und begründet. In dem Schreiben wurde darauf hingewiesen, daß die Aktion der Siedler das Überleben christlicher Gemeinschaften im Heiligen Land gefährde. Die Hausbesetzung ausgerechnet in der Karwoche nannten sie eine *Provokation gegen den freien Zugang zur Grabeskirche*. Der Akt der bewaffneten Besetzung compromittiere die Unversehrtheit und die religiöse und kulturelle Autonomie des Christen-, des Armenier- und des Muslimviertels der Stadt. Er verletze den seit langem geachteten *Status quo* in der Jerusalemer Altstadt.

Das ehemalige griechisch-orthodoxe Hospiz St. Johannes war am 11. April unter Polizeischutz von den Siedlern besetzt worden. Ein inzwischen untergetauchter Armenier hatte das Haus bisher gepachtet. Auf Umwegen über eine panamaische Scheinfirma wollen die Siedler in den vermeintlich rechtmäßigen Besitz dieser Immobilie gelangt sein. Der griechisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem, *Diodoros I.*, bestritt jedoch von Anfang an die